

An die Schuldirektion des Schulsprengels Deutschnofen
Schloss-Thurn-Straße 6
39050 Deutschnofen

VERZICHTSERKLÄRUNG - RELIGIONSUNTERRICHT

Der/Die unterfertigte

.....
Vor- und Zuname (bei verheirateten Frauen ist der ledige Name anzugeben)

Erziehungsberechtigte/Erziehungsberechtigter des Schülers/der Schülerin

.....
Vor- und Zuname

.....
Geburtsdatum

.....
Schulstufe

.....
Schulstelle/Klasse

erklärt auf den Religionsunterricht zu verzichten.

Folgende Alternativen zum Religionsunterricht werden bevorzugt:

☐

Alternativunterricht

☐

Selbständiges Arbeiten unter Aufsicht

☐

Späterer Unterrichtsbeginn oder Verlassen des Schulareals Die Erziehungsberechtigten übernehmen in dieser Zeit die Verantwortung für den Schüler/die Schülerin

Laut Gesetz vom 18. Juni 1986, Nr. 281 und laut Rundschreiben des Schulamtsleiters vom 4. Februar 1991, Nr. 17 hat der Antrag um Befreiung vom Religionsunterricht bei der Einschreibung zu erfolgen. Ein Verzicht im Laufe des Schuljahres ist nur in schwerwiegenden Fällen möglich, beispielsweise bei Übertritt in eine andere Religionsgemeinschaft. Die getroffene Wahl bleibt für die **gesamte Pflichtschulzeit (Grundschule und Mittelschule) aufrecht, sofern die Entscheidung nicht durch die Eltern zu Beginn eines neuen Schuljahres abgeändert wird.**

Mitteilung im Sinne des Datenschutzes

Rechtsinhaber der Daten ist der Schulsprengel Deutschnofen.

Die angegebenen Daten werden von der Schule, auch in elektronischer Form, für die Erfordernisse des Artikels 35 von D.P.R. vom 10. Februar 1983 Nr. 89 verarbeitet. Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die angeforderten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Bei Verweigerung der erforderlichen Daten können die vorgebrachten Anträge nicht bearbeitet werden.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller erhält auf Anfrage gemäß Artikel 7-10 des Legislativdekrets Nr. 196/2003 Zugang zu ihren bzw. seinen Daten, Auszüge und Auskunft darüber und kann deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verlangen (Artikel 13 des Legislativdekrets vom 30. Juni 2003, Nr. 196).

Datum

.....
Unterschrift der/des Erziehungsberechtigten